



Schweinefleisch gilt gemäss WHO als «wahrscheinlich krebserregend».

Gegen Werbung für rotes Fleisch

GESUNDHEIT. Zwei Organisationen verlangen, dass der Bund Werbung für Schweinefleisch nicht mehr subventioniert.

Der Verein gegen Tierfabriken und Swissveg blasen zum Halali gegen die Agrarsubventionen des Bundes. Der Verein des Thurgauer Tierschützers Erwin Kessler und die grösste Interessenvertretung vegetarisch und vegan lebender Menschen in der Schweiz haben bei der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats einen Vorstoss eingereicht. Titel des Vorstosses, der dem Beobachter vorliegt: «Gefährdung der Volksgesundheit unter Missbrauch von Subventionen».

Ungesund. Die Organisationen prangern die landesweite Proviande-Werbekampagne für Schweinefleisch an. Darin behauptet die Branchenorganisation der Schweizer Fleischwirtschaft, dieses Fleisch sei gesund. Und das, obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rotes Fleisch als «wahrscheinlich krebserregend» einstuft. In der Eingabe wird auch auf das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen verwiesen, das den hohen Fleischkonsum in der Schweiz aus gesundheitlicher Sicht kritisiert. Zudem sei bekannt, dass die Fleischproduktion sehr stark zur Klimaerwärmung beitrage und die Umwelt belaste.

Ein höherer Fleischkonsum verschlechtere die Volksgesundheit und

gefährde die Umwelt, schreiben die beiden Organisationen. Es sei nicht Aufgabe des Bundes, dafür zu sorgen, dass noch mehr Fleisch konsumiert werde. Der Nationalrat wird aufgefordert, das Landwirtschaftsgesetz entsprechend zu ändern. Für Fleischwerbung sollen in Zukunft keine öffentlichen Gelder mehr eingesetzt werden.

Sechs Millionen. Der Fleischabsatz wird mit etwa sechs Millionen Franken jährlich subventioniert, gestützt auf das Landwirtschaftsgesetz. Heinrich Bucher, Direktor von Proviande, sieht der Debatte gelassen entgegen. Fleisch sei für eine ausgeglichene Ernährung unbestritten. Eine parlamentarische Initiative, die die Streichung der Werbesubventionen gefordert hatte, sei vor zwei Jahren vom Nationalrat abgelehnt worden.

GPK-Präsidentin Doris Fiala zweifelt, dass die sechs Millionen Franken viel ausrichten können - bei insgesamt 93 Millionen Franken Produktions- und Fördermassnahmen an die Viehwirtschaft. Zudem liege die erste Verantwortung beim aufgeklärten Konsumenten. Als Beirätin des Konsumentenforums empfehle sie den Konsumentinnen und Konsumenten, masszuhalten oder auf rotes Fleisch zu verzichten.

MARK BAER